

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Dezember 1991

am Donnerstag, dem 5. Dezember 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres, Gerd (SPD)	81, 82	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP)	60, 61
Antretter, Robert (SPD)	67	Dr. Lieberoth, Immo (CDU/CSU)	3, 4
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	16, 17	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	11, 40
Bindig, Rudolf (SPD)	72	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	50, 51
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	20, 21	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	22, 23
Bulmahn, Edelgard (SPD)	35, 36	Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU)	5, 77
Caspers-Merk, Marion (SPD)	37, 38	Mehl, Ulrike (SPD)	48, 49
Erler, Gernot (SPD)	18, 19	Mosdorf, Siegmар (SPD)	7, 39
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 71	Opel, Manfred (SPD)	57, 58
Dr. Feldmann, Olaf (FDP)	46, 47	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	24, 25
Fuhrmann, Arne (SPD)	53, 54	Schily, Otto (SPD)	78, 79
Gibtner, Horst (CDU/CSU)	29, 30	Schütz, Dietmar (SPD)	68, 76
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	12	Sorge, Wieland (SPD)	83, 84
Grünbeck, Josef (FDP)	42, 43	Dr. Sperling, Dietrich (SPD)	9, 10
Harries, Klaus (CDU/CSU)	73, 74	Stiegler, Ludwig (SPD)	8, 66
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	1, 2	Stockhausen, Karl (CDU/CSU)	69, 70
Dr. Hoth, Sigrid (FDP)	33, 34	Tappe, Joachim (SPD)	62, 63
Iwersen, Gabriele (SPD)	44, 45	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	85, 86
Jäger, Renate (SPD)	31, 32	Wallow, Hans (SPD)	13, 87
Kastner, Susanne (SPD)	80	Walz, Ingrid (FDP)	55, 56
Klemmer, Siegrun (SPD)	26, 41	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	52
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	27, 28	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	59, 75
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	14, 15	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU)	64, 65

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	16

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP) Was interessiert die Bundesregierung an „Obstbäumen in Streulagen“, und in welchem Verhältnis stehen Streulagenobstbäume zu Nichtstreulagenobstbäumen?
2. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Streulagenobstbaumobstproduktion, deren Menge sie feststellen will, für die Gesamtversorgung des Marktes mit Obst und die Nichtstreulagenobstbaumobstproduktion?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter
**Dr. Immo
Lieberoth**
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Bürgern der neuen Bundesländer, die mehrere Jahre wegen der Pflege von Verwandten aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden waren, nach Beendigung der Pflegeleistung Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, wenn der ehemalige Betrieb sie jetzt nicht mehr einstellen kann?
4. Abgeordneter
**Dr. Immo
Lieberoth**
(CDU/CSU) Ist es möglich, Vorruhestandsgeld zu erhalten, wenn der Beantragende fünf Jahre wegen eines Pflegefalles aus dem Berufsleben ausscheiden mußte und nunmehr keine Arbeitsstelle mehr findet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
**Wolfgang
Meckelburg**
(CDU/CSU) Mit welchem Maßnahmenpaket gedenkt die Bundesregierung auf das nach Informationen der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßhaftenhilfe verstärkt auftauchende Problem der Obdachlosigkeit zu reagieren, wonach mehrere zehntausend obdachlose Menschen in Deutschland die kommenden Wintermonate auf der Straße überstehen müssen?
6. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung die im Wochenbericht 25/91 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung geäußerte Ansicht, daß „nach heutiger Kenntnis bei konsequenter Handhabung von Flächensteuerung und Standortpoli-

tik erhebliche Verkehrseinsparungen in den Regionen möglich sind, ohne daß dabei die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eingeschränkt werden", und bis wann gedenkt sie ein entsprechendes Konzept – insbesondere für die neuen Länder – vorzulegen bzw. umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

7. Abgeordneter
**Siegmар
Mosdorf**
(SPD)

Trifft es zu, daß die EG für das Mikroelektronik-Programm Jessi (Joint european strategic silicone initiative) für 1992 nicht wie geplant 130 Mio. ECU, sondern nur noch 70 Mio. ECU zur Verfügung stellt, und daß dieses auf die geringeren Finanzzuweisungen der EG-Länder zurückzuführen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

8. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Beschlüsse der Bayerischen Staatsregierung zum Ausbau der Fachhochschulen, und wie beurteilt sie die finanziellen Möglichkeiten, dieses Ausbauprogramm in das Bund-Länder-Programm für den Hochschulbau einzuplanen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

9. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)

Hat die unabhängige Republik Armenien Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland gesucht, um die Frage der Anerkennung zu stellen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu diesem Problem ein?

10. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)

Ergeben sich aus der Charta von Paris Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten für Minderheiten- und Menschenrechtsschutz durch „monitoring“ zu sorgen, und folgt daraus nicht eine moralische Verpflichtung, gegebenenfalls Botschafter in ein Gebiet zu entsenden, in dessen Nachbarschaft Minderheiten- und Menschenrechte bedroht sind?

- | | |
|--|---|
| 11. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Welches Vorgehen empfiehlt die Bundesregierung aus den Oder-Neiße-Gebieten vertriebenen Deutschen zur Wahrung ihrer Rechtsansprüche aus Eigentum, das ihnen mit der Vertreibung völkerrechtswidrig entzogen wurde? |
| 12. Abgeordneter
Martin
Göttsching
(CDU/CSU) | Entspricht es der Tatsache, daß Grundstücke aus den ehemaligen Ostgebieten, die deutschen Staatsbürgern gehörten oder gehören, nun vom polnischen Staat an Dritte, zum Beispiel an Bürger aus den alten Bundesländern, weiterverkauft werden, wenn ja, hat die Bundesregierung diese Thematik in Gesprächen mit der polnischen Regierung behandelt? |
| 13. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Welche Gründe waren dafür maßgeblich, daß die deutsche Botschaft in Nairobi/Kenia den Vorwurf der dortigen Regierung, die Demokratiebewegung im Lande unterstützt zu haben, damit zurückwies, daß diese Behauptung „negative Folgen“ auf die deutsch-kenianischen Beziehungen haben könne? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung unter Menschenrechtsgesichtspunkten die Verhaftung von – laut Zeitungsmeldungen – 600 Mitgliedern der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei (PPP) der früheren Ministerpräsidentin Benazir Bhutto, und die Lage der Menschenrechte in Pakistan allgemein, und wird sich die Bundesregierung ggf. für eine Einhaltung der Menschenrechte in Pakistan einsetzen? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Menschenrechte in Indonesien nach einer nicht abreißenden Kette von Menschenrechtsverletzungen durch willkürliche Verhaftungen, Folterungen, Exekutionen und der jüngsten Übergriffe des indonesischen Militärs in Ost-Timor? |
| 16. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen hat bzw. wird die Bundesregierung unternehmen, damit Deutsch offizielle Amtssprache in der Europäischen Gemeinschaft wird? |
| 17. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß Staaten, die nach dem Besitz von Atomwaffen streben (z. B. Pakistan, Indien, Argentinien, Brasilien, Algerien, Irak, Iran, Syrien, Nordkorea), arbeitslos gewordene Nuklearforscher aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. den nunmehr selbständigen Republiken für ihre Zwecke anwerben? |
| 18. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Wie begründet die Bundesregierung die Änderung ihrer Position bei der Frage der Anerkennung von Kroatien und Slowenien, indem sie jetzt eine deutsche Anerkennung ab dem 10. Dezember 1991 notfalls im Alleingang in Aussicht gestellt hat, nachdem sie vorher monatelang eben diesen Alleingang ausgeschlossen hat? |

19. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Aus welchem Grund hat die Bundesregierung diese Ankündigung zwei Wochen vor dem EG-Gipfel in Maastricht gemacht, und mit welchen Auswirkungen rechnet sie dabei für das politische Ziel des EG-Gipfels in Maastricht, eine Europäische Politische Union auf den Weg zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Vor dem Hintergrund von Pressemeldungen Schleswig-Holsteinischer Zeitungen über einen seit 1987 stark zunehmenden „Menschenhandel“ und illegale Grenzübertritte an der deutsch-dänischen Grenze, wie im Bereich Puttgarden, frage ich die Bundesregierung, welche Zahlen für die genannten Grenzbereiche für den Zeitraum 1987 bis 1991 vorliegen, und um welche Nationalitäten es sich bei illegalen Einwanderern handelt?

21. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Summen, die bei diesen schmutzigen Geschäften gezahlt werden, vor, und wie hoch ist die Dunkelziffer bei illegalen Grenzübertritten?

22. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der in der „FAZ“ vom 18. Oktober 1991 publizierten Meinung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, wonach die Harmonisierung des Asylrechts in der EG zur Folge hat, daß das Grundgesetz vom EG-Recht überlagert wird, oder vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Grundgesetzänderung vonnöten ist?

23. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Wenn ja, aus welchen Gründen, außer denen, die der Rechtsklarheit dienen, ist dann eine Grundgesetzänderung erforderlich?

24. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)

Was hat die Bundesregierung bewogen, beim geplanten Einsatz von Beamten des Bundesgrenzschutzes zu Sicherungsaufgaben den mit Abstand bedeutendsten und sicherheitsrelevantesten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main vorerst nicht zu berücksichtigen, während sie kleinere Flughäfen vorrangig bedienen will?

25. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die von Prof. Dr. Peter Lerche in einem Gutachten geäußerte Rechtsauffassung, wonach ein nationaler Hörfunk aus verfassungsrechtlichen Gründen eine „umfassende Eigenverantwortung“ erhalten müsse, so daß

ARD und ZDF hierauf keinen maßgeblichen Programm-Einfluß ausüben dürften, und wird sie ihre Rechtsauffassung in den laufenden Verhandlungen mit den Bundesländern geltend machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| 26. Abgeordnete
Siegrun
Klemmer
(SPD) | Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit § 4 Abs. 2 Vermögensgesetz (Unredlichkeit des Grundstückserwerbs nach dem 18. Oktober 1989), insbesondere im Hinblick auf die Rückgängigmachung von Grundstücksveräußerungen nach dem 18. Oktober 1989 gemacht? |
| 27. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich
Knaape
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich
Knaape
(SPD) | Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den Regelungen des Investitionsgesetzes und des § 3a des Vermögensgesetzes gemacht, mit denen der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ teilweise zurückgenommen worden ist, und wie viele Entscheidungen sind inzwischen aufgrund § 3 a Vermögensgesetz und des Investitionsgesetzes, verteilt auf die Bundesländer, ergangen? |
| 29. Abgeordneter
Horst
Gibtner
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung einerseits angesichts der Tatsache, daß sich der Gesetzgeber grundsätzlich für den Wohnraumkündigungsschutz als Konkretisierung der Sozialbindung des Eigentums entschieden hat, zweitens angesichts der Tatsache, daß von Mietern nicht grundsätzlich eigene substantiierte Rechtskenntnisse oder juristische Dritt-Beratung erwartet werden kann, sowie drittens angesichts der Tatsache, daß die Rechtsprechung insoweit unterschiedliche Kriterien angelegt hat (vgl. BGHZ 84, 90; BGH NJW 1991, 1815; zuletzt BVerfG 1991, 2272), eine eindeutige und sozialstaatsgerechte Kodifikation des Mieterschutzes für die Fälle gewerblicher Zwischenvermietung zu schaffen? |
| 30. Abgeordneter
Horst
Gibtner
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf zur Kodifikation der von ihr wie beurteilten Rechtsstellung des Endmieters im Konkurs des gewerblichen Zwischenmieters? |
| 31. Abgeordnete
Renate
Jäger
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung ein Jahr nach der Wiedervereinigung den Stand und den noch zu erwartenden Zeitraum der Klärung offener Vermögensfragen in den neuen Bundesländern? |

32. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die Absichtserklärung des Bundeskanzlers bei seinem Besuch im Grundbucharchiv Barby umsetzen, er wolle „sich dafür einsetzen, offene Vermögensfragen im Osten Deutschlands schneller zu klären“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordnete
Dr. Sigrid Hoth
(FDP)
- Ist es richtig, daß von der Treuhand ein sogenannter Solidaritätsfonds verwaltet wird, und wenn ja, wie groß sind die in ihm vorhandenen Mittel?
34. Abgeordnete
Dr. Sigrid Hoth
(FDP)
- Für welchen Zweck sind die Mittel bestimmt, und wer entscheidet über ihre endgültige Verwendung?
35. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Wie läßt sich die Aussage des Bundesministers der Finanzen, daß „bisherige Bescheide, die die Förderfähigkeit von Maßnahmen anerkannten, deren Durchführung auch über 1991 hinaus geplant war,“ nicht bedeuten, „daß auch Finanzierungszusagen des Bundes zum Förderjahr 1992 und darüber hinaus dem Land erteilt worden sind“ (Schreiben an die Abgeordnete Edelgard Bulmahn vom 21. November 1991), mit dem Grundsatz des Vertrauensschutzes und der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern (Drucksache 11/3263), derzufolge „die Länder (. . .) bei ihren Investitionsplanungen auf eine stetige, langfristige Unterstützung durch den Bund rechnen können“ sollen, vereinbaren?
36. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Hat die Aussage des Finanzberichtes 1992, demzufolge sich „die Verschuldung pro Einwohner (zwischen den Bundesländern) immer weiter auseinanderentwickelt“ nach Auffassung der Bundesregierung noch Gültigkeit, und wie läßt sich in diesem Zusammenhang die Streichung der Strukturhilfemittel rechtfertigen, insofern hierdurch notgedrungen das Gefälle zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern weiter verschärft wird?
37. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Wie sind die Verhandlungen der Bundesregierung über eine Revision des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens, in denen für die Besteuerung der Grenzgänger eine Besteuerung im Wohnsitzstaat angestrebt wird, mit dem Auftrag des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung zu vereinbaren, einen Gesetzentwurf zur Besteuerung der Grenzgänger im Tätigkeitsstaat vorzulegen?

38. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag offiziell über den Stand der Doppelbesteuerungsabkommen-Verhandlungen mit der Schweiz informieren, und wann wird die Bundesregierung den angeforderten Gesetzentwurf zur Grenzgängerbesteuerung vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)

Was will die Bundesregierung tun, um eine weitere Verschlechterung der deutschen und europäischen Wettbewerbsposition im Bereich der Hochtechnologie-Güter zu verhindern?

40. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Wie steht die Bundesregierung zum Vorwurf der deutschen Textilindustrie, daß die Volksrepublik China mit unfairen Handelspraktiken, vor allem Dumping-Methoden und willkürlich festgesetzten Preisen, eventuell sogar mit falschen Ursprungsangaben der deutschen Textilindustrie zunehmend nicht nur Schwierigkeiten, sondern zunehmende Besorgnis bereitet, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ggf. ergreifen?

41. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Wie bringt die Bundesregierung die Meldung der TAGESZEITUNG vom 11. November 1991, wonach sie die von der WISMUT vorgelegte Sanierungskonzeption verworfen und zurückgewiesen habe, in Einklang mit den zweimaligen Zusagen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Dr. Erich Riedl, vom 16. Oktober 1991 und 14. November 1991, also noch drei Tage nach Ablehnung durch sein eigenes Ministerium, das Gutachten unverzüglich der Öffentlichkeit vorzulegen, und aufgrund welcher anderer Gutachten oder sonstiger kompetenter Vorgaben wird die laufende und soll die künftige Sanierung durchgeführt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

42. Abgeordneter
**Josef
Grünbeck**
(FDP)

Ist die Entwicklung des Jäger 90 bereits bis zur Produktreife abgeschlossen, und welche Kosten sind dabei bisher aus dem Bundeshaushalt getragen worden?

43. Abgeordneter
**Josef
Grünbeck**
(FDP)

Falls die Entwicklung noch nicht bis zur Produktreife gediehen ist, welcher Zeitraum wird dafür veranschlagt, und welche zusätzlichen Kosten sind für die letzte Phase aufzubringen?

44. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Einzugsbereich der zwei Bundeswehr-Luftwaffenstandorte Wittmund und Upjever zur Sicherheit der Piloten wie auch der Zivilbevölkerung ein SAR-Hubschrauber stationiert bleiben muß, oder hat die Stellungnahme des Bundesministers für Verkehr, die noch aussteht, Vorrang vor den Notwendigkeiten der Bundeswehr?
45. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung sicherstellen, daß sich der Luftrettungsdienst in Friesland auch bei einer ggf. notwendigen Verlegung des SAR-Hubschrauberkommandos Upjever nicht verschlechtern wird, wie dies der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Willy Wimmer, schriftlich versichert hat?
46. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung langfristig im Zuge des Personalabbaus der Bundeswehr auf 370 000 Mann die Versorgung des Wehrbereichs Süd durch das zuständige Wehrbereichsbekleidungsamt 5 mit seiner Hauptstelle in Baden-Baden und seinen Nebenstellen sichern, und welche Pläne und Mittel bestehen hinsichtlich der damit notwendig verbundenen kostengünstigsten Reduzierung und Zusammenlegung der verschiedenen Lager- und Verwaltungsstandorte des Wehrbereichsbekleidungsamtes 5?
47. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Ausbau der Nebenstelle Alt-Appenweier, die im Gegensatz zu anderen Standorten über ein Hochregallager verfügt, mittel- und langfristig unter Berücksichtigung aller Personal- und Infrastrukturkosten die kostengünstigste Lösung für die Unterbringung des Wehrbereichsbekleidungsamtes 5 ist, und wenn ja, wann ist mit einer Räumung der Hauptstelle des Wehrbereichsbekleidungsamtes Süd in Baden-Baden auf dem ehemaligen Batschari-Gelände zu rechnen, um eine zivile Anschlußnutzung durch die IHK-Baden-Baden zu ermöglichen?
48. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die zuständige Landesbehörde in Schleswig-Holstein bei der Kartierung schutzwürdiger Flächen auf Bundeswehrliegenschaften nicht umfassend beteiligt wurde, und warum wurde diese Behörde über die von der Bundesregierung im Mai d. J., anlässlich meiner mündlichen Nachfrage, genannte Kartierung nicht informiert?
49. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Für welche dem Naturschutzrecht unterliegenden Flächen der Bundeswehrliegenschaften in Schleswig-Holstein sind Pflegepläne erstellt worden, und wer hat sie erstellt?

50. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)
- Hat vor dem Verkauf von Schiffen aus dem Bestand der ehemaligen NVA an Drittländer eine Demilitarisierung bzw. Umrüstung stattgefunden (wie gesetzlich gefordert), und wenn ja, auf welchen Werften?
51. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)
- Wie sehen die Pläne der Bundesregierung hinsichtlich der Werften in Mecklenburg-Vorpommern bei der Auftragsvergabe zur Demilitarisierung oder Umrüstung bei weiteren Schiffverkäufen aus NVA-Beständen aus?
52. Abgeordneter
**Reinhard
Weis
(Stendal)**
(SPD)
- Welchen Truppenübungsplätzen hat die Landesregierung von Sachsen-Anhalt in ihrer Antwort auf das Angebot des vorläufigen Truppenübungsplatzkonzeptes, das der Bundesminister der Verteidigung im September 1991 an die Ministerpräsidenten der Länder gerichtet hat, zugestimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

53. Abgeordneter
**Arne
Fuhrmann**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ihre durch vielerlei – bisher allerdings nicht eingehaltenen – Aussagen bekundete Unterstützung beim Aufbau einer, bisher nur aufgrund privater Initiativen erfolgter, nationalen Spenderkartei für Knochenmark mitzuhelfen und somit vielen Krebskranken die einzige Möglichkeit zu geben, ihre Krankheit wirksam zu bekämpfen?
54. Abgeordneter
**Arne
Fuhrmann**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung nicht eine Gefahr für des Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Tatsache, wenn das Ausland erhebliche Mittel in derartige Projekte investiert, wir aber unsere Hilfe verweigern und unter den großen westlichen Industrieländern das Schlußlicht beim Aufbau einer derartigen Spenderkartei sind und den meisten deutschen Krebskranken, die fremdes Knochenmark benötigen, im Ausland geholfen werden muß, und daß deshalb dort, vornehmlich aus den USA zunehmend der Vorwurf zu hören ist, daß wir selbst etwas tun sollten?
55. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(FDP)
- Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus der im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erarbeiteten Studie der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) zum Arzneimittelverbrauch von Menschen in höherem Alter, die aufzeigt, daß zwei Drittel der verordneten Psychopharmaka, Schlaf- und Beruhigungsmittel

sind mit gravierenden Nebenwirkungen und Medikamentenabhängigkeit und die 16% der Versicherten über 65 Jahre rund 45% der gesamten Arzneikosten und rund die Hälfte aller Arzneimittelverordnungen verursachen?

56. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(FDP)

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung angesichts der zu erwartenden großen Defizite bei den Krankenkassen daraus ziehen, daß nach dieser Studie Rezeptverschreibungen in einem Ausmaß erfolgen, die auf ein wenig abgestimmtes und in seinen Auswirkungen unwirtschaftliches Therapieverhalten schließen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

57. Abgeordneter
**Manfred
Opel**
(SPD)

Nach welchen Kriterien ermittelt die Deutsche Bundesbahn die künftigen Standorte für die Bedarfsschwerpunkte zur Instandsetzung der weiterhin benötigten Brennkrafttriebfahrzeuge (Dieselloks)?

58. Abgeordneter
**Manfred
Opel**
(SPD)

Welche künftigen Bedarfsschwerpunkte für die Instandsetzung der nach der Elektrifizierung der Hauptverbindungsstrecken noch benötigten Brennkrafttriebfahrzeuge (Dieselloks) hat die Deutsche Bundesbahn in Schleswig-Holstein und insbesondere an der Westküste Schleswig-Holsteins vorgesehen?

59. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Welche Änderungen der Revierlotsenverordnungen werden geplant, und wie stehen die betroffenen Verbände bisher dazu?

60. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(FDP)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes zur erfolgten Vergabe von Standorten für Autobahnraststätten gezogen (DIE WELT vom 21. September 1991), und welche Maßnahmen sind konkret aufgrund der Unwirksamkeit zahlreicher Verträge ergriffen worden?

61. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(FDP)

Welche finanziellen und strukturellen Auswirkungen sind durch die Verzögerung zu befürchten, und wie wird die politische Verantwortlichkeit für mögliche berechnete Ansprüche beurteilt?

62. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, von ihrem bisherigen Konzept der Aufgabenteilung zwischen Herleshausen (Rast- und Tankanlage für PKW) und Wartha (Rasthof ausschließlich für LKW) abzugehen, und welche Gründe haben dazu geführt, die ursprünglich geplante Errichtung der Anlage Herleshausen Süd aufzugeben und an der Nordseite keine weiteren, obwohl notwendigen Investitionen mehr zu tätigen?
63. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Welche Konsequenzen für die Nachverhandlungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Bundesrechnungshofes über die Unwirksamkeit des Vertrages mit der Firma LOMO und ist sie bereit, um ihr Konzept einer zügigen Realisierung der 40 anderen projektierten Autobahnnebenbetriebe in den neuen Bundesländern voranzutreiben, das in mehrfacher Hinsicht rechtswidrige Vorgehen der Firma LOMO beim Bau der Rastanlage Wartha auch bei anderen Investoren zu dulden?
64. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Zugbetrieb auf der Eisenbahnstrecke Neustadt/Waldnaab — Floß angesichts der Entwicklung an der Grenze zur CSFR im vollen Umfang aufrechterhalten werden muß, und wird die Bundesregierung daher die Anträge der Deutschen Bundesbahn zur Umstellung des Reisezugbetriebes auf Busse ablehnen?
65. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat das neue Gemeindefinanzierungsgesetz auf den öffentlichen Personennahverkehr, und welche Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen bei Investitionen und Betrieb des ÖPNV ergeben sich daraus?
66. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Gespräche innerhalb der Bundesregierung und mit der tschechoslowakischen Regierung über die Verbesserung und Beschleunigung des grenzüberschreitenden Straßen- und Schienenverkehrs, und bis wann ist mit einer echten Abhilfe zu rechnen?
67. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Zu welchem prozentualen Anteil handelt es sich bei dem gegenwärtigen und dem vor allem durch den europäischen Binnenmarkt voraussichtlich zu erwartenden Güterverkehr um Durchgangsverkehr durch den mittleren Neckarraum bzw. um Ziel- und Quellverkehr in dem bzw. aus dem mittleren Neckarraum?
68. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Binnenschiffsverkehr zwischen Lauenburg und Magdeburg, wegen des Schutzes der mittleren Elbe, ausnahmslos über den Elbe-Seitenkanal und den Mittellandkanal geführt werden sollte und diese Kanäle deshalb durchgängig für den Einsatz von 2000 t Schiffen schiffbar sein sollen?

- | | |
|--|--|
| 69. Abgeordneter
Karl
Stockhausen
(CDU/CSU) | Entspricht die Umstellung des Transports von Zuckerrüben von der Schiene auf die Straße den verkehrs- und umweltpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung? |
| 70. Abgeordneter
Karl
Stockhausen
(CDU/CSU) | Welche Probleme für den Straßenverkehr und welche Belastungen für die betroffenen Gemeinden, die von den Zuckerrübentransporten per Lkw künftig zu erwarten sind, sieht die Bundesregierung? |
| 71. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter
Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß der EG-Kommissar für Umweltfragen, Ripa di Meana, in einem Schreiben vom 5. November 1991 mitteilt, daß es „eine offizielle Stellungnahme der Kommission zum Entwurf eines Gesetzes über die Beschleunigung der Planung der Verkehrswege nicht gibt“, und wie vereinbart sich diese Aussage mit Äußerungen der Bundesregierung, wonach die EG-Kommission keine Bedenken gegen dieses Gesetz erhoben habe? |
| 72. Abgeordneter
Rudolf
Bindig
(SPD) | Wie teuer war der Flug des Extraflugzeuges der Flugbereitschaft der Bundeswehr für die Reise des Bundesministers für Verkehr und seiner Begleiter in der 47. Woche in die USA (Washington) und warum ist der Bundesminister für Verkehr nicht mit dem regelmäßig verkehrenden Flug der Flugbereitschaft von Köln/Bonn nach Washington gereist oder mit einem Linienflugzeug? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 73. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die von der deutschen Industrie geltend gemachten Einwendungen gegen Pläne der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, betriebliche Umweltüberprüfungen mit einer Verordnung vorzuschreiben? |
| 74. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, bei einer solchen Vorordnung als notwendig erkannte Verbesserungen anzuregen und durchzusetzen? |
| 75. Abgeordnete
Dr. Margrit
Wetzel
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung Grenzwerte für Stickstoffdioxid, Dieselruß und Benzol im Bundesimmissionsschutzgesetz festschreiben und Messungen dieser Schadstoffe in Verkehrs-Balungsgebieten verbindlich vorschreiben? |

76. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung die Initiative Niedersachsens und anderer Anrainerländer der Mittelelbe, einen länderübergreifenden Nationalpark einzurichten, und ist sie bereit, sich ggf. an den Entwicklungsmaßnahmen finanziell zu beteiligen?
77. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Erkennt die Bundesregierung in dem ökologischen Konzept, das die Stadt Schwerte verfolgt (siehe DIE ZEIT vom 22. November 1991 S. 29), Ideen, Vorstellungen und Modelle, die sie für beachtenswert hält und ist sie gewillt, diese auch in ihren Ministerien und den weiteren zur Bundesregierung gehörenden Ämtern und Behörden einzuführen und zu verwirklichen?
78. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Sind von dem ehemaligen hessischen Umweltminister Weimar die Akten über die 5. Teilgenehmigung für eine neue verbunkerte Anlage der Firma Siemens Brennelementewerk (ehemals Alkem) in Hanau mit Wissen oder Willen der Bundesregierung der vorgenannten Firma in Hanau überlassen worden?
79. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Geheimvertrag zwischen der Firma Siemens und den Kraftwerkbetreibern vom Januar 1988 „über die Erhaltung und Nutzung der Fertigungsmöglichkeiten für Mischoxid-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik“ bekannt, und wie beurteilt sie diesen?
80. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Trinkwasserversorgung von Berlin durch die Stilllegung der Grubenwasserförderung im Braunkohletagebau rund um Cottbus, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine Verunreinigung des Grundwassers bei der Auffüllung von Tagebaugruben mit belastetem Oberflächenwasser zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

81. Abgeordneter
Gerd Andres
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie sich die Abspaltung der Dienstleistungsbereiche in wirtschaftlich eigenständige Einheiten, sowie der Aufbau des neuen Fernmelde-Dienstleistungsunternehmens „TELEKOM Service 2000“ auf die bestehenden Verwaltungseinheiten der Deutschen Bundespost, wie die Oberpostdirektionen auswirkt?

82. Abgeordneter
Gerd Andres
(SPD)
- Wie viele der 70 000 Arbeitsplätze sind nach Kenntnisstand der Bundesregierung im Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Bundespost im Großraum Hannover von den Umstrukturierungsplänen betroffen, die einem internen Strategiepapier der Deutschen Bundespost zufolge durch Umstrukturierungen bis 1996 bundesweit eingespart werden sollen, und wie wirken sich diese Personalmaßnahmen auf bestehende Posteinrichtungen aus?
83. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Trifft es zu, daß der TEMEX-Dienst, in den nach Angaben von Führungskräften der GD-TELEKOM bis heute 230 Mio. DM investiert wurden, eingestellt werden soll, wenn ja, mit welcher Begründung?
84. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Welche Ersatzmöglichkeiten für diesen Dienst, der von der TELEKOM in der Vergangenheit als „Jedermann-Fernwirkdienst“ angepriesen und vermarktet wurde, sind in Zukunft für „Normalbürger“, insbesondere für alte und behinderte Menschen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

85. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Wann und aus welchem Haushaltstitel wird die Bundesregierung das von Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, während seines Besuchs in Namibia Ende Oktober 1991 versprochene Darlehen in Höhe von 40 Mio. Rand zur Beschaffung von Patrouillenbooten sowie eines Flugzeugs zur Bewachung der 200 Meilen Zone vor Namibias Küste auszahlen?
86. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Ist dieses Darlehen Bestandteil des am 14. November 1991 in Bonn zwischen der Republik Namibia und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit im Haushaltsjahr 1991?
87. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Auf Grund welcher entwicklungspolitischer Kriterien und zu welchem Zeitpunkt hat die politische Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Aufforstungsprojekt „San Antonio Carlos“, Brasilien des Vereins der Freunde und Förderer der Alfons-Goppel-Stiftung e.V. genehmigt?

Bonn, den 29. November 1991